



Sachsen²

STARKE WIRTSCHAFT.
STARKER FREISTAAT.

Wohlstand für alle

Beschlossen auf dem 31. Landesparteitag der
Sächsischen Union am 5. November 2016 in Glauchau

Sachsen – Land der Chancen

Der Freistaat Sachsen ist ein Land mit einer soliden Wirtschaft. Der Wohlstand der Menschen hat in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten deutlich zugenommen. Die sächsischen Frauen und Männer haben ihr Land nach der Friedlichen Revolution wirtschaftlich neu aufgebaut. Dabei haben viele Menschen die wiedergewonnene Freiheit zur Unternehmensgründung genutzt und wurden selbst Arbeitgeber. Das Rückgrat der sächsischen Wirtschaft bilden neben den erfolgreichen Neuansiedlungen nach wie vor kleine und mittlere Unternehmen, die aus diesem starken Engagement der Anfangsjahre hervorgegangen sind. Sie schaffen Arbeits- und Ausbildungsplätze, sind bedeutende Akteure der regionalen Wertschöpfungskette, dazu kreativ, innovativ und zugleich heimatverbunden. Unternehmer und Arbeitnehmer erwirtschaften die finanzielle Basis für unseren kulturellen sowie sozialen Reichtum.

Die Erfahrungen aus der Finanz- und Wirtschaftskrise zeigen einmal mehr, dass Sachsen ein Industrie- und Produktionsstandort sein muss. Auch wenn vieles erreicht wurde, auf das wir Sachsen stolz sein können: Es ist keine Zeit, sich darauf auszuruhen. Durch die Globalisierung und Digitalisierung stehen wir vor neuen Herausforderungen, die in ihren Auswirkungen unsere eingeübten Techniken und Methoden des Wirtschaftens erneut auf die Probe stellen, die viele Menschen verunsichern, die aber doch auch unzählige Möglichkeiten eröffnen.

Gerade Handwerker, Kleinunternehmer, Freiberufler, Industrie, Beschäftigte in der Kultur- und Kreativwirtschaft gehören genauso zu den Leistungsträgern unserer Gesellschaft wie Land-, Forst-, Teichwirte und Gärtner. Durch ihre Arbeit sorgen sie für sich und ihre Familien und darüber hinaus für sichere Arbeitsplätze in Sachsen. Sie stehen nicht im Rampenlicht, sind aber die eigentliche Wirtschaftsmacht, weil es nirgends sonst so viele Arbeitsplätze gibt. Die meisten Selbstständigen kennen keine 40-Stunden-Woche. Bei einigen läge der Stundenlohn – würde man ihn errechnen – deutlich unter dem für Arbeitnehmer akzeptablen Niveau. Dennoch übernehmen sie Verantwortung und leisten ihre selbstbestimmte Arbeit. Wir sprechen ihnen unseren großen Dank aus. Unsere Gesellschaft könnte ohne sie nicht existieren.

Die Sächsische Union hat den Weg in eine prosperierende Wirtschaft in den vergangenen 25 Jahren geebnet und durch eine kluge Ansiedlungs- und Förderpolitik begleitet. Unsere Politik war und ist dabei an der Sozialen Marktwirtschaft ausgerichtet, denn die Erfahrungen aus 40 Jahren Planwirtschaft in der DDR haben gezeigt, dass Unfreiheit und Bevormundung in eine ökonomische, ökologische und auch soziale Katastrophe führen. Dem gegenüber haben 25 Jahre Soziale Marktwirtschaft demonstriert, was richtig ist: der Schutz des Privateigentums, die freie

Entscheidung und das Zutrauen in die Fähigkeiten des Einzelnen sind grundlegende Voraussetzungen für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Im Geiste Ludwig Erhards, Vater der Sozialen Marktwirtschaft, verstehen wir Wohlstand als einen individuell wahrgenommenen, positiven Zustand, der sich sowohl aus materiellen als auch immateriellen Gütern zusammensetzt. Auf diese Grundprinzipien gilt es vermehrt zu achten. Eine zu große Regelungstiefe und Regelungsdichte, wie sie zurzeit oft wahrgenommen wird, bindet die Kraft des Einzelnen und des Unternehmers. Deshalb wollen wir auch heute die grundsätzlichen Fragen diskutieren, wie wir das Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft an aktuelle Herausforderungen anpassen können. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass die sächsische Wirtschaft wettbewerbsfähig bleibt und ihr großes Potenzial heben kann. Speziell, wenn sich Investitionen von Geld, Arbeitskraft und Ideenreichtum am Markt erfolgreich etablieren können, lohnt sich Unternehmertum, und nur dann entstehen Arbeitsplätze, die die Grundlage dafür schaffen, den Menschen im Freistaat ein gutes Einkommen und Auskommen zu sichern.

Die Herausforderungen der kommenden Jahre liegen auf der Hand:

- Nach einem enormen Aufholprozess in den 1990er Jahren wächst die sächsische Wirtschaft inzwischen nicht mehr stark genug, um den Abstand zu den wirtschaftsstärksten Regionen Deutschlands zu verringern.
- Es wird objektiv immer schwieriger, Ansiedlungen von außerhalb nach Sachsen zu holen. Der Wettbewerb mit den östlichen EU-Mitgliedstaaten ist förderbedingt sehr hart und die eigenen Fördermöglichkeiten in Sachsen nehmen ab.
- Nicht einmal die Hälfte (43 %) des sächsischen Staatshaushaltes wird aus eigenem sächsischen Steueraufkommen finanziert. Angesichts sinkender EU-Mittel und einem zu erwartenden Rückgang der Unterstützung aus dem Länderfinanzausgleich müssen wir Sachsen mehr erwirtschaften.
- Aus dem demografischen Wandel und der Globalisierung ergeben sich neue Anforderungen an die Gewinnung von Fachkräften.
- Eine weitere wichtige Herausforderung, der digitale Wandel, beeinflusst unsere Wirtschaft schon heute. Zukünftig wird die Digitalisierung tiefgreifende wirtschaftliche Einschnitte mit sich bringen. Produkte, die es heute gibt, werden perspektivisch vom Markt verschwinden. Gleiches gilt für Arbeitsprozesse, die sich zukünftig grundlegend ändern werden. Wir müssen uns frühzeitig mit diesen Herausforderungen auseinandersetzen und gemeinsam mit der sächsischen Wirtschaft Antworten hierauf finden.

- Hinzu kommen weitere Herausforderungen wie die erfolgreiche Gestaltung der Zuwanderung von Fachkräften, die Schaffung von Entwicklungsperspektiven gleichermaßen im städtischen wie im ländlichen Raum sowie die Anpassung der erforderlichen Infrastruktur.

Wenn wir Sachsen wettbewerbsfest und zukunftssicher gestalten wollen, müssen wir unsere Strukturen im Kontext der sich schnell wandelnden Welt weiterentwickeln. Ziel der Politik der Sächsischen Union ist es daher, den Freistaat Sachsen im Laufe des nächsten Jahrzehnts in der Spitzengruppe der wirtschaftsfreundlichsten Regionen Europas fest zu verankern und ihn durch ausgezeichnete Lebensverhältnisse und gesicherte Arbeits- und Entfaltungsmöglichkeiten für viele Menschen attraktiv zu machen. Die sich in Sachsen bietenden Chancen für unternehmerische Aktivitäten und für die Menschen werden wir aktiv kommunizieren. Gleichzeitig beweisen wir, dass christliche Grundwerte als Basis der Sozialen Marktwirtschaft und eine zukunftsorientierte Wirtschaftsentwicklung im Freistaat Sachsen keinen Widerspruch darstellen.



1. SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT: KOMPASS UND RICHTSCHRITZ FÜR SACHSENS WIRTSCHAFT

Die Sächsische Union steht zur Sozialen Marktwirtschaft. Sie ist die Basis des wirtschaftlichen Erfolgs in Deutschland und trägt den Grundgedanken, das Prinzip der Freiheit des Marktes mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden. In Deutschland leben wir die Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern – und führen keine Klassenkämpfe. Die Union ist die Partei, die die Mitbestimmung der Arbeitnehmer zur Gestaltung ihrer Arbeit eingeführt hat. Dazu bekennen wir uns und setzen uns für deren Ermöglichung ein. Richtig ausgeübt garantiert sie die Interessenvertretung der Arbeitnehmer und sichert darüber den innerbetrieblichen Frieden. Nach unserem christlichen Menschenbild gehören Freiheit und soziale Verpflichtung, subsidiäre Verantwortung und Solidarität untrennbar zusammen. Gerade die internationalen Wirtschaftskrisen des vergangenen Jahrzehnts haben uns vor Augen geführt, was passiert, wenn marktwirtschaftliche ordnungspolitische Prinzipien vernachlässigt werden.

Unser Ziel ist es, freies Unternehmertum zu fördern und gleichzeitig die solidarische Sozialordnung zu erhalten. Es ist klar: Zunächst muss erwirtschaftet, dann kann verteilt werden. Wir setzen uns für eine Kultur des Ermöglichens ein.

Wir wollen die Wirtschaftspolitik noch mehr als in den vergangenen Jahren in das Zentrum der politischen Debatte rücken.

Die Soziale Marktwirtschaft ist für Sachsens Wirtschaft Kompass und Richtschnur zur Beurteilung von wirtschaftspolitischen Eingriffen. Unsere Wirtschaftspolitik richtet sich daher an folgenden Grundsätzen aus:

- Schutz des Privateigentums,
- Verantwortung und Entfaltung des Einzelnen,
- Freiheit und Verantwortung gehören zusammen,
- außerhalb der Daseinsfürsorge soll der Staat nicht wirtschaftlich tätig werden,
- fairer und freier internationaler Handel, der sozialen und ökologischen Standards gerecht wird.

Wirtschaftspolitik ist ein Querschnittsthema und hat Einfluss auf alle Politikbereiche. Daher wird die Sächsische Union die Wirtschaftspolitik federführend gestalten und gewährleisten, dass in allen Politikbereichen eine wirtschaftsfördernde Politik unterstützt wird. Sie muss so ausgestaltet sein, dass sie den spezifischen Herausforderungen vor allem auch der kleinen und mittleren Unternehmen im Freistaat gerecht wird. Wir setzen auf das Wachstum der ansässigen Unternehmen und wollen es insbesondere durch Innovationsförderung, Investitionsförderung, Außenwirtschaftsförderung sowie Initiativen zur Deckung des Fachkräftebedarfs und zum Bürokratieabbau unterstützen. Staatliche Regelungen sind daher stets so zu fassen, dass sie so wenig wie möglich Bürokratie verursachen, finanzielle und personelle Ressourcen schonen und damit den Unternehmen Entlastungen verschaffen, transparentes und faires Wirtschaften ermöglichen und Zeit für das Wesentliche – das wirtschaftliche Handeln – geben. Freier Unternehmertegeist, der Wille zu Investition und Innovation, die Attraktivität für Arbeitnehmer, deren Engagement und Qualifikation können sich so besser entfalten und schaffen die Basis für ein starkes Sachsen.

Um dies zu erreichen, wollen wir von den Besten lernen. Das bedeutet die fortlaufende Überprüfung, wie wir selbst noch besser werden können. Des Weiteren muss regelmäßig erwogen werden, wie wir die Konzepte der erfolgreichsten Regionen, Unternehmen und Personen weltweit auf Sachsen anwenden können. Vieles können wir in Sachsen selbst gestalten; wo erforderlich, werden wir auch auf Bundesebene tätig.



2. REGULIERUNG ZURÜCKFÜHREN – EINE KULTUR DES ERMÖGLICHENS SCHAFFEN

In allen Teilen der Gesellschaft brauchen wir die Offenheit und den Mut für neue Ideen. Wir wollen ein gesellschaftliches und wirtschaftliches Klima fördern, das Innovationen zulässt und unkonventionellen Ideen Raum gibt. Selbstständiges Denken, das Verantwortungsbewusstsein jedes Einzelnen und nicht zuletzt der Wille, seine Fähigkeiten und Fertigkeiten zum Wohle von Wirtschaft und Gesellschaft einzusetzen, sind Grundvoraussetzungen dafür. Das heißt auf der anderen Seite, den Staat auf seine notwendigen Aufgaben zurückzuführen. Eine Gesellschaft, in der Innovationsgeist herrscht und gefördert wird, in der sich die Menschen auf Regeln und Normen verständigen, die nicht der Hemmung oder gar Minderung, sondern der Mehrung des Wohlstands aller dienen, ist eine Gesellschaft, die sich gemeinsinnig zeigt und auf das Gemeinwohl ausgerichtet ist. Gerade in einer richtig verstandenen Sozialen Marktwirtschaft werden Wege eröffnet und nicht verstellt.

Ziele:

- Selbstständigkeit und Unternehmertum haben ein positives Bild in allen Bereichen der Gesellschaft. Dabei muss die Verantwortung jedes Einzelnen für die eigene und die gesellschaftliche Entwicklung mehr in den Vordergrund gestellt werden.
- Schon in der Schul-, Berufs- und Hochschulbildung werden Impulse für gesellschaftliches und wirtschaftliches Engagement gegeben.
- Die Übernahme von unternehmerischer Verantwortung schlägt sich in erfolgreichen Nachfolgeregelungen für unsere sächsischen Betriebe, in erfolgreichen Ausgründungen und Start-ups sowie im Größenwachstum der Unternehmen nieder.
- Unsere Hochschul- und Forschungslandschaft und unsere Unternehmen aus Handwerk, Gewerbe und Industrie kooperieren erfolgreich in der Entwicklung zukunftsfähiger Produkte und Dienstleistungen.
- Die Sächsische Union fördert die Schaffung eines Wettbewerbs „Berufsorientierung“. Dieser gemeinsam mit Wirtschafts- und Unternehmens-

verbänden zu organisierende Wettbewerb wird jene Schule prämiieren, die das beste Angebot für die Berufsorientierung sächsischer Schülerinnen und Schüler präsentiert und umsetzt.

Wege:

- Wir nehmen die Vermittlung von Unternehmertum und Innovationskultur als Leitmotiv in unser Bildungssystem auf.
- Zu selten wagen Frauen den Schritt in die Selbstständigkeit. Mit zielgruppenspezifischer Förderung wollen wir dieses Potenzial stärker nutzen.
- Zur Würdigung des unternehmerischen Schaffens von Frauen soll der Gründerinnenpreis im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit angesiedelt werden.
- Mit einem neuen Ansatz fördern wir den Weg in die Selbstständigkeit. Das „Starfög“ soll zukünftigen Unternehmern eine zeitlich befristete finanzielle Unterstützung zum Entwickeln unternehmerischer Ideen geben. Darüber hinaus wollen wir Existenzgründer in der ersten Gründungsphase bis zu zwei Jahre steuerlich entlasten und die Anreize zur verstärkten Bildung von Eigenkapital erhöhen.
- In den vergangenen zwei Jahrzehnten haben wir in Sachsen eine exzellente Forschungslandschaft aufgebaut. Wir wollen auch in Zukunft die besten Wissenschaftler gewinnen. Neben den beiden zentralen Aufgaben Forschung und Lehre sehen wir den Technologietransfer als dritten Schwerpunkt der Hochschulen. Die Industrieforschung im Freistaat Sachsen leistet einen wesentlichen Beitrag zum Innovationsgeschehen und soll auch zukünftig vor allem bei Investitionen in die wissenschaftliche Infrastruktur unterstützt werden.
- Wir unterstützen Grundlagenforschung und die anwendungsorientierte Forschung ebenso wie die Verbindung betrieblicher und akademischer Forschungsvorhaben. Aus diesem Grund schlagen wir die Schaffung eines Strategiefonds vor, der aus Mitteln des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit sowie des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst gespeist wird. Der Fonds soll für strategische Projekte im Bereich der Forschung verwendet werden und die Kooperation von Unternehmen und Hochschulen verbessern.

- Wir nutzen die Erfahrungen und entwickeln das Mentorentum weiter, bei dem erfahrene Unternehmer eine „Patenschaft“ für junge Unternehmer übernehmen und sie auf diese Weise anleiten und begleiten. Dabei wollen wir die bestehenden Strukturen zur Unternehmensberatung stärken. Die Kammern haben hierbei aufgrund ihrer breiten Erfahrung eine essenzielle Verantwortung.
- Um unternehmerisches Risiko von Ängsten zu befreien, wollen wir eine Kultur der Akzeptanz des Scheiterns etablieren. Dazu sollen bestehende Instrumente und Institutionen der Gründungsförderung um Instrumente der Unterstützung gescheiterter Gründer erweitert werden.
- Wir setzen uns für eine klare, eindeutige und rechtssicher ausgestaltbare gesetzliche Abgrenzung zwischen Werkvertrags- und Arbeitsverhältnis ein, um die Risiken einer nicht erkannten Scheinselbstständigkeit für die im Wirtschaftsprozess stehenden Beteiligten auf ein Mindestmaß zu beschränken.
- Wir setzen uns für gesetzliche Anpassungen im Arbeitsrecht ein, die den aktuellen Lebensverhältnissen im Zuge einer digitalisierten Arbeitswelt gerecht werden. Flexible und innovative Arbeitsprozesse sind eine Chance für Unternehmer, neue Ideen umzusetzen und Fachkräfte zu binden, während Arbeitnehmern die Möglichkeit eingeräumt wird, selbstbestimmt über die Grenze zwischen Arbeit und Privatleben zu bestimmen. Sonn- und Feiertage sollen dabei grundsätzlich arbeitsfrei bleiben.
- Wir treten für ein faires, Leistung belohnendes Sozial- und Steuersystem ein. Erwerbseinkommen muss immer gegenüber Transferleistungen belohnt werden.
- Dabei soll die eigenverantwortliche Vorsorge der Beschäftigten und Selbstständigen gestärkt werden. Sie nimmt eine zunehmende Bedeutung bei der Entlastung der Sozialsysteme in der Zukunft ein. Die derzeitige Regelung der steuerlichen Berücksichtigung von Beiträgen zur Absicherung von Arbeitslosigkeit, Erwerbs- und Berufsunfähigkeit sowie zur Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Renten- und Lebensversicherung wird dem tatsächlichen Umfang einer sinnvollen eigenverantwortlichen Vorsorge nicht gerecht. Mit dem Ziel der Förderung der eigenverantwortlichen Vorsorge treten wir für eine spürbare Anhebung dieser Höchstbeiträge ein.

- Wir wollen die Grenzen für den Übergang von der Ist- zur Soll-Besteuerung im Umsatzsteuerrecht erhöhen, um damit das Wachstum kleiner Unternehmen zu unterstützen.
- Der Eintritt in die Selbstständigkeit darf nicht zusätzlich durch überzogene Beiträge für die gesetzliche Krankenversicherung behindert werden. Selbstständige zahlen aktuell einen Mindestbeitrag, der von monatlichen beitragspflichtigen Einnahmen von mindestens 2.178,75 € ausgeht. Bei einem Beitragssatz von durchschnittlich 15,7 % (variiert zwischen den Krankenkassen) bedeutet das Kosten pro Monat in Höhe von 342 €. Dieser Beitrag wird verpflichtend fällig, unabhängig davon, ob der Selbstständige dieses Einkommen auch tatsächlich erzielt. In der Realität trifft diese angenommene Größenordnung der Einnahmen nicht zu. Wir wollen daher die Bemessungsgrundlage für die Beiträge absenken. Die beitragspflichtigen Einnahmen sollen so angesetzt werden, dass sich ein durchschnittlicher Mindestbeitrag von etwa 150 € pro Monat ergibt.
- Wir sprechen uns für die Einführung einer Altersvorsorgepflicht für Selbstständige aus. Besonders wichtig ist uns dabei die Wahlfreiheit des Unternehmers.
- Die Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge stellt einen Kredit der Wirtschaft an die Sozialsysteme dar. Verbunden ist diese Vorfälligkeit mit zusätzlichem bürokratischen Aufwand. Deshalb treten wir für eine rasche Rückkehr zum alten Rechtszustand ein, der vor dem 1. Januar 2006 galt. Da dies mit einem erheblichen finanziellen Aufwand für die Sozialversicherung verbunden ist, schlagen wir ein Stufenmodell vor. Innerhalb von 10 Jahren befreien wir die Unternehmen von der Vorfälligkeit. Wir beginnen mit kleinen Betrieben.



3. LEISTUNGSFÄHIGE INFRASTRUKTUR FÜR ALLE

Wir wollen Sachsen als erfolgreichen Akteur in der globalen Wirtschaftswelt positionieren: mobil, digital hervorragend vernetzt und energieeffizient. Entscheidend hierfür ist der Aufbau einer starken Mobilitäts-, digitalen und energiewirtschaftlichen Infrastruktur. Der ländliche Raum ist vom Strukturwandel besonders stark betroffen. Gleichzeitig sind die meisten Industriearbeitsplätze in Sachsen außerhalb der Ballungszentren angesiedelt. Die Sächsische Union setzt sich für die Wahrung gleichwertiger Lebensverhältnisse ein. Deshalb ist die Verbindung zwischen dem ländlichen Raum und den städtischen Ballungszentren von entscheidender Bedeutung. Eine gute Infrastruktur macht beides zu attraktiven Unternehmens-, Arbeits- und Wohnorten.

Digitale Infrastruktur

Sachsens Wirtschaft soll auch zukünftig leistungsfähig sein – eine starke digitale Infrastruktur ist Voraussetzung für weltweite Konkurrenzfähigkeit. Insbesondere die rasant steigenden Datenvolumina erfordern einen vorausschauenden und flächendeckenden Ausbau der Infrastruktur. Wir betrachten die digitale Breitbandinfrastruktur als Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge.

Ziele:

- Wir wollen Sachsen zum führenden 5G-Land machen.
- Wir wollen erreichen, dass Glasfaserausbau den Standard beim Breitbandausbau darstellt. Im Zusammenspiel mit einem leistungsfähigen Mobilfunknetz gewährleisten wir eine flächendeckende, leistungsstarke Breitbandversorgung in allen Regionen Sachsens.
- Es ist das Ziel der Sächsischen Union, möglichst jedes Haus im Freistaat mit schnellem Internet auszustatten.
- Der Ausbau der digitalen Infrastruktur muss mittelstandsfreundlich gestaltet werden.
- Alle Industrie- und Gewerbegebiete müssen über eine leistungsfähige digitale Infrastruktur verfügen.

Wege:

- Städte, Gemeinden und Landkreise erhalten eine umfangreiche Unterstützung des Freistaates beim Breitbandausbau. Damit der Ausbau schneller vorangeht, sprechen wir uns für eine leistungsfähige Beratung sowie die Koordinierung der Aufgaben an einer Stelle aus. Diese dient als Ansprech- und Planungspartner für die Kommunen.
- Darüber hinaus müssen vor allem im Infrastrukturbereich verstärkt Synergieeffekte genutzt werden und Glasfasernetze, die für den Autobahn- bzw. Schienenverkehrsausbau nutzbar sind, auch für die öffentliche digitale Infrastruktur verfügbar werden. Arbeiten an anderen Infrastrukturnetzen (Wasser, Abwasser, Strom u. a.) müssen immer auch den Breitbandausbau berücksichtigen.
- Die Sächsische Union unterstützt die Forschungsaktivitäten zum neuen Mobilfunkstandard 5G.
- Um die digitale Transformation zukunftsweisend im Freistaat zu gestalten, setzen wir uns für eine enge Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Tarifvertragsparteien, Wissenschaft und kommunaler Ebene ein.

Mobilität

Ziele:

- Wir müssen die Vorteile sowohl der zentralen Lage Sachsens im Herzen Europas als auch der wirtschaftlichen Entwicklung in den östlichen Nachbarstaaten der EU besser nutzen.
- Von jedem Ort in Sachsen muss es eine schnelle Anbindung an das Autobahnnetz geben. Wir unterstützen den Ausbau des Bundesfernstraßennetzes. In diesem Zusammenhang ist es erforderlich, die Planung voranzutreiben. Ein Zugang zur Autobahn innerhalb von 30 Minuten soll erreicht werden.
- Ein integriertes Verkehrskonzept muss kluge Schnittstellen zwischen den Verkehrsträgern und schnelle Verbindungen zwischen den Metropolen und den ländlichen Regionen sichern.

- Wir treten für ein abgestimmtes und kundenfreundliches Tarifsystem beim regionalen Schienenverkehr im Freistaat Sachsen ein und wollen die Struktur der Aufgabenträger straffen.
- Die führende Stellung des Luftdrehkreuzes Leipzig/Halle im Frachtverkehr wollen wir ausbauen und die Schaffung von mehr attraktiven Flugverbindungen im Passagierverkehr an den Flughäfen Dresden und Leipzig/Halle unterstützen.

Wege:

- Dies erfordert den zügigen Ausbau der Bahnstrecken Berlin – Dresden, Leipzig – Chemnitz sowie Zittau – Görlitz – Berlin.
- Wir treten für die Planung einer leistungsfähigen Eisenbahnverbindung von Dresden nach Prag außerhalb des Elbtals ein.
- Wir unterstützen die Initiative der Bundesländer bzw. Wojwodschaften sowie der größeren Städte entlang der Achsen der Trans-European Networks (TEN-Achse) zwischen Frankfurt und Krakau für eine Schnellbahnverbindung.
- Wir setzen uns für den Erhalt der Elbe als Wasserstraße und den damit einhergehenden Maßnahmen zur Schiffbarkeit ein.
- Wir unterstützen den Fernbusverkehr und treten für zentrums- und bahnhofsnahe Haltestellen ein.
- Im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) definieren wir klare Mobilitätsziele. Die bestehende Infrastruktur verschiedener Verkehrsträger muss übergreifend optimiert werden, so dass bei gleichem Mitteleinsatz eine sachsenweit vergleichbare und attraktive Anbindung der Regionen an die Mittel- und Oberzentren erreicht werden kann. Hierbei bieten digitale Echtzeitsysteme enorme Potenziale in den Bereichen Anschlussicherung und Fahrgastinformation. E-Ticketing soll in Zukunft genauso schnell und barrierefrei möglich sein wie der Kauf einer Fahrkarte am Schalter oder Automaten.
- Wir unterstützen die Gründung einer Bundesfernstraßengesellschaft für die zügigere Instandsetzung und den Neubau der Infrastruktur. Wir halten es für notwendig, dass die Aufgaben- und Ausgabenverantwortung in einer Hand gebündelt werden, kein Schattenhaushalt entsteht und eine

mehrjährige Finanzierung gewährleistet wird. Beim Bau, Erhalt und der Finanzierung von Bundesautobahnen und -straßen sollten betriebswirtschaftliche und mittelstandsfreundliche Gesichtspunkte stärker berücksichtigt werden. Alle Projekte zur Finanzierung des Neubaus, Ausbaus oder Erhalts der Verkehrsinfrastruktur im Freistaat Sachsen sind so zu gestalten, dass die Beteiligung der mittelständischen Bauwirtschaft bei entsprechenden Vergaben nicht erschwert wird.

Wirtschaft im ländlichen Raum

Ziel unserer Politik ist eine gute wirtschaftliche Entwicklung in allen Regionen des Freistaats. Die besonderen Herausforderungen des ländlichen Raumes, in welchem über 50 % der Sachsen beheimatet sind, oder der Räume, die vom Strukturwandel besonders stark betroffen sind, werden wir gezielt angehen. Dabei ist die Zusammenarbeit mit der kommunalen Ebene und der Wirtschaft vor Ort besonders wichtig.

Ziele:

- Die Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Freistaat ist eines der zentralen Ziele der Sächsischen Union.
- Lebenswerte und zukunftsfähige Städte und Gemeinden sind die Grundlage einer attraktiven Heimat.

Wege:

- Wir sichern sowohl eine leistungsfähige Infrastruktur als auch eine schnelle Anbindung des ländlichen Raums an die Ballungszentren. Besonders der Ausbau der digitalen Infrastruktur wird dabei neue Chancen für unsere ländlichen Regionen eröffnen.
- Wir unterstützen eine wettbewerbsfähige, von umweltgerechter Praxis und Nachhaltigkeit getragene Land-, Forst- und Teichwirtschaft als Voraussetzung für die Erzeugung qualitativ hochwertiger Nahrungsgüter mit regional verarbeitenden Betrieben und Vertriebskanälen.
- Projekte im Bereich „smart farming“ werden zukünftig neue Perspektiven für unsere Landwirtschaft, deren Zulieferer und Verarbeitungspartner in der gesamten Wertschöpfungskette eröffnen und werden daher von uns besonders unterstützt. Neben der Verbesserung der Ertragslage trägt

„smart farming“ auch zur Verbesserung der ökologischen Bilanz unserer Landwirtschaft bei. Der gezieltere Einsatz von Düngung und Pflanzenschutzmitteln verbessert unsere Gewässergüte sowie den Zustand unserer Böden. Optimale Lebens- und Ernährungsbedingungen sowie eine umfassende Krankheitsfrüherkennung in der Nutztierhaltung erhöht nicht nur die wirtschaftliche Effizienz, sondern ist gezielter Tierschutz und steigert die Akzeptanz unserer modernen Landwirtschaft.

- Dort, wo es möglich und angemessen ist, unterstützen wir die bevorzugte Ansiedlung sozialer Einrichtungen und öffentlicher Verwaltung abseits der Ballungszentren.
- Wir fördern eine maßgeschneiderte Unterstützung beim Ausbau regionaler Stärken.
- Wir unterstützen regionale Wirtschaftskreisläufe und regionale Produkte.
- Wir setzen uns für die Sicherung einer angemessenen und flexiblen gesundheitlichen und pflegedienstlichen Betreuung im ländlichen Raum ein.
- Die Bereitstellung von Finanzdienstleistungen, insbesondere von Krediten für die mittelständischen Unternehmen, Handwerksbetriebe und Privatpersonen sind unerlässlich für den Erhalt der Wirtschaftsstruktur im ländlichen Raum. Deshalb unterstützen wir durch unsere Politik die regional tätigen Sparkassen und Volksbanken.
- Berufsakademien, Berufsfachschulen, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen sind in den Regionen wichtige Partner der mittelständischen Wirtschaft.

Energiewirtschaftliche Infrastruktur

Eine bezahlbare, sichere und nachhaltige Energieversorgung ist die Grundlage der deutschen Volkswirtschaft. Das Versorgungssystem muss stabil, weitgehend unabhängig vom Ausland, umweltverträglich und zu wettbewerbsfähigen Preisen gestaltet sein. Über die Energiepolitik wird derzeit allerdings zu häufig versucht, regionalpolitische Ziele und gesellschaftspolitische Vorstellungen umzusetzen. Eine gute Energiepolitik ist jedoch nicht die Summe vieler Einzelinteressen. Bei der Weiterentwicklung unserer Energieversorgung in Bezug auf die CO₂-Reduzierung betrachten wir den gesamten Energieverbrauch, das heißt Stromversorgung, Wärmeversorgung und Mobilität.

Ziele:

- Sachsen muss auch in Zukunft ein Land sein, in dem die sichere Versorgung mit bezahlbarer Energie garantiert ist.
- Wir müssen die Mikrosteuerung bei der Energiepolitik beenden und marktwirtschaftliche Prinzipien in der Förderung der „Erneuerbaren Energien“ stärker verankern. Dabei muss der Marktzugang für alle Akteure gewährleistet werden.
- Wir setzen uns für eine Stärkung der Energieforschung in Sachsen ein.
- Die Braunkohle als einzige konkurrenzfähige, sicher verfügbare und grundlastfähige Energieressource sowie als Rohstoff der chemischen Industrie braucht eine Investitionsgarantie.

Wege:

- Notwendig sind ein technologieoffener Wettbewerb in der Energiewirtschaft und der Ausschluss von Monopolisierung.
- Der weitere Ausbau Erneuerbarer Energien und der dazu erforderlichen Speicherkapazitäten finden grundsätzlich über Ausschreibungen statt.
- Der Aufbau eines Bündnisses und Kompetenzzentrums zur Elektromobilität wird vorangetrieben. Aufgrund der vorhandenen Kompetenzen soll in Sachsen die Forschung und Produktion von Batterie- und Speichersystemen im Fokus stehen.

- Der Einspeisevorrang von Erneuerbaren Energien wird neu gefasst. In Zukunft müssen Produktion und Verbrauch synchronisiert werden. Daher sollte in Zeiten des Überangebots von Strom auch die Einspeisevergütung angepasst werden.
- Die Förderung wollen wir technologieoffen gestalten und an objektiven Zielen wie Primärenergieeinsatz, Schadstoffemission oder Grundlasttauglichkeit ausrichten.
- Die Akzeptanz für energiewirtschaftliche Investitionen wollen wir durch Bürgerdialoge und Bürgerbeteiligungsverfahren erhöhen.



4. INNOVATIONSKULTUR UNTERSTÜTZEN

Sachsen hat sich in den vergangenen Jahren hinsichtlich der Innovationsintensität bereits eine Spitzenposition im Bereich der neuen Länder erarbeitet. Wir müssen diese Entwicklung weiterhin unterstützen, um durch originäre Innovationskraft in wettbewerbsfähigen Bereichen Alleinstellungsmerkmale zu entwickeln. Daher setzen wir uns durch eine „Kultur des Ermöglichs“ dafür ein, dass die Risikobereitschaft und das Durchsetzungsvermögen von Einzelunternehmern oder Teams in Unternehmen durch unsere Gesellschaft die größtmögliche Unterstützung bei der Hervorbringung von Neuem erfahren.

Ziele:

- Die sächsische Innovations- und Technologieförderung ist themenoffen, finanziell gut ausgestattet und trifft auf gesellschaftliche Offenheit für Neuerung.
- Der Anteil der gesamten Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) liegt in der Spitzengruppe der europäischen Regionen, mit stetig steigendem Anteil privater FuE.
- Der Wissens- und Technologietransfer trägt dazu bei, dass Ergebnisse der in Sachsen ansässigen Forschungsinstitute auch branchenübergreifend in Sachsen zu Wertschöpfung und Arbeitsplätzen führen.

Wege:

- Bereits in den Kindergärten und Schulen fördern wir über das „Haus der kleinen Forscher“, die Teilnahme an nationalen und internationalen Wettbewerben wie „Jugend forscht“ oder die Auszeichnung als „MINT-freundliche Schule“ die Begeisterung für das Forschen. Schlüssel zum Erfolg sind dabei immer Mitarbeiter, Lehrer und Eltern, aber auch die enge Kooperation mit Unternehmen.
- Unterstützung von Unternehmensgründungen im Studium: Wer während des Studiums erfolgreich ein Unternehmen gründet, soll dies im Rahmen des European Credit Transfer Systems (ECTS) für sein Studium angerechnet bekommen. Dazu sollten die Hochschulen angehalten werden, im Rahmen des Wahlpflichtbereiches des Studium Generale ein Studienangebot, unter Begleitung der Gründerinitiativen an den Hochschulen, anzubieten.
- Wir setzen uns für eine starke Unterstützung des Bundeswettbewerbs „Jugend gründet“ in Sachsen ein.
- Die Innovationsförderung im Freistaat Sachsen soll an der gesamten Wertschöpfungskette sowie an der Etablierung langfristiger strategischer Partnerschaften zwischen Hochschulen, außeruniversitären und Industrieforschungseinrichtungen mit der Wirtschaft ausgerichtet sein.
- Start-up-Förderung: Um innovative Ideen auf den Markt zu bringen, benötigen Start-ups ausreichend Risikokapital, besonders in der Pre-Seedphase und der Validierungsförderung. Dieses wird bis 2025 nicht allein durch privatwirtschaftliche Seite bereitgestellt werden können, da diese Kapazitäten durch die Kleinteiligkeit der sächsischen Wirtschaft nicht gegeben sind. Daher sprechen wir uns für die Einrichtung eines staatlichen Ko-Investmentfonds für Unternehmen aus. Wir setzen uns auf Bundesebene für die Umsetzung eines Venture Capital-Gesetzes ein.
- Wir befürworten einen privatwirtschaftlich organisierten, branchenoffenen Technologiefonds, der mit privatem und öffentlichem Risikokapital ausgestattet ist und den bestehenden „Technologiegründerfonds Sachsen Start up“ ergänzt. Er ist mit ausreichend Kapital auszustatten, um national und international wettbewerbsfähig zu sein.
- Die Wirtschaftsförderung Sachsen wird zur Innovationsagentur und ist neu zu strukturieren. Unter anderem müssen die klassischen Aufgaben

der Wirtschaftsförderung stärker als bisher mit der Innovationsförderung verknüpft werden. Die Innovationsplattform futureSAX hat bereits Beachtliches zur Unterstützung von Start-ups, Gründungen aus Hochschulen und Instituten, aber auch innovativen Unternehmen geleistet und wird als Institution des Freistaates Sachsen dauerhaft etabliert. Die Innovationsagentur bündelt bestehende Netzwerke und Gründerinitiativen, bringt bereits Studenten als potenzielle Gründer mit Unternehmen zusammen und informiert über Förderungen und Maßnahmen zu Forschung, Innovation und Investitionsmöglichkeiten.

- Wir treten dafür ein, die einzelbetriebliche GRW-Förderung (Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur) in Zukunft an der Produktivität zu orientieren. Ein möglicher Indikator zur Messung ist beispielsweise der Anteil von Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in Relation zum Unternehmensumsatz. Dadurch soll das hohe Niveau der Wirtschaftsförderung in Sachsen auch bei weiter sinkenden EU-Mitteln aufrechterhalten werden.
- Wir sichern dem ländlichen Raum auch in Zukunft eine starke staatliche Unterstützung bei der Wirtschaftsförderung zu.
- Wir wollen Kapital für kleine und mittelständische Unternehmen, die dieses für Forschung und Entwicklung verwenden, unkomplizierter und unbürokratischer als bisher zur Verfügung stellen. Diese oft benannte Zielstellung wird durch eine Bündelung der Innovationsförderprogramme, eine zügige Bearbeitung innerhalb von vier Wochen und vereinfachte Verfahren für Wiederholungsanträge erreicht.
- Kontinuierliche Vermittlung von Best-Practice Beispielen im Rahmen von Netzwerkarbeit.
- Wir wollen die erfolgreiche Cluster-Politik fortführen. Insbesondere die Schlüsseltechnologien (Leichtbau, Mikroelektronik, Informations- und Kommunikationstechnologien, Nanotechnologien, Neue Materialien, Fortgeschrittene Produktionstechnologien, Organische Elektronik und Biotechnologien) sowie die Luft- und Raumfahrtindustrie werden weiterhin unterstützt.
- Den besonderen Herausforderungen im Bereich Digitalisierung der Gesundheitswirtschaft wollen wir mit einer Landesinitiative begegnen.
- Wir treten auf Bundesebene dafür ein, dass analog zur ausgelaufenen

Investitionszulage (Sachanlagen in den neuen Bundesländern) eine Innovationszulage für ganz Deutschland eingeführt wird. Diese steuerliche Forschungsförderung soll das bewährte System der Projektförderung ergänzen und betriebliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung fördern.

- Initiierung/Unterstützung von Inkubatoren/Coworkingspaces und ähnlichen Austausch-konzepten („Gründungsinfrastrukturkonzept“).
- Die Förderung der praktischen Umsetzung und Anwendung der Digitalisierung für klein- und mittelständische Unternehmen muss ausgebaut werden.



5. INTERNATIONALISIERUNGS-KOMPETENZ ZUM NUTZEN VON WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

Internationalisierung ist ein wichtiger Erfolgsfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung Sachsens. In einer globalen Welt, in der Produkte auf vielen Märkten weltweit gehandelt werden, in der die Menschen an vielen Orten leben und arbeiten können und in der Reisen zu einem festen Bestandteil im Leben vieler geworden ist, müssen sich Produkte und Dienstleistungen international durchsetzen und konkurrenzfähig sein. Gleichzeitig muss Sachsen aber auch ein attraktiver Standort und ein lohnenswertes Reiseziel bleiben. Internationalisierung bedeutet also Attraktivität nach außen und für außen.

Im Rahmen der weiteren Internationalisierungsanstrengungen kommt der Europäischen Union eine zentrale Bedeutung zu. Die EU-Grundfreiheiten ermöglichen es den sächsischen Unternehmen und Arbeitskräften, in allen Mitgliedstaaten zu handeln, zu arbeiten und ihre Dienstleistungen anzubieten. Der Wegfall von Handelsbarrieren in Form von Zöllen und Abgaben ist ein entscheidender Wachstumsfaktor und auch für die sächsische Wirtschaft von elementarer Bedeutung. Aus diesem Grund steht die Sächsische Union auch für einen weiteren Abbau von Handelsbeschränkungen ein und unterstützt den Abschluss von Freihandelsabkommen.

Ziel:

- Die Abhängigkeit der sächsischen Wirtschaft von wenigen Exportzielländern wollen wir weiter abbauen sowie die Beziehungen zu den östlichen Nachbarländern festigen. Es ist notwendig, eine weitere Diversifizierung der sächsischen Zielmärkte herbeizuführen.

Wege:

- Sachsen benötigt eine klare, über die bisherigen „Leitlinien zur Außenwirtschaft im Freistaat Sachsen 2012“ hinausgehende Außenwirtschaftsstrategie, die verbindliche Aufgaben für die Institutionen des Freistaats wie auch die Kammern benennt.
- Diese Strategie behandelt gleichermaßen Wege zur Erhöhung der Exportaktivitäten der sächsischen Unternehmen wie auch zur Verstärkung der Ansiedelung von Unternehmen aus anderen Regionen. Die Imagekampagne des Freistaates muss mit dieser Außenwirtschaftsstrategie stimmig sein. Gleichwohl ist es Aufgabe der Unternehmen selbst, die entsprechende Geschäftsanbahnung vorzunehmen, international verstärkt aktiv zu werden, wie auch die für die Arbeit auf internationalen Märkten erforderlichen Fachkräfte zu gewinnen.
- Im Bereich des Tourismus ist die gemeinsame Tourismusstrategie für Sachsen zu stärken und es sind Anreize zu Kooperationen von Regionen und Städten in Sachsen zu erhöhen sowie Akteure zum gemeinsamen Handeln zu motivieren. Unterschiedliche Kulturen und Religionen zu kennen und zu verstehen, ist im Umgang mit Gästen, Mitarbeitern und Geschäftspartnern unverzichtbar. Gastfreundschaft bedarf eines hohen Maßes an interkultureller Kompetenz. Der professionelle Umgang mit anderen Kulturkreisen bedeutet nicht nur Sprachbarrieren zu überwinden. Gute Gastgeber müssen die Erwartungen internationaler Gäste kennen und erfüllen, Kommunikation beherrschen sowie auch Mitarbeiter aus anderen Kulturen in das eigene Team integrieren können. Die Auslandswerbung für Sachsen muss zielgerichtet in den relevanten touristischen Zielmärkten konzentriert werden.



6. FACHKRÄFTEBEDARF SICHERN

Das wichtigste Kapital eines Unternehmens sind seine Mitarbeiter. Bereits heute zeichnen sich Engpässe bei der Besetzung offener Fachkräftestellen ab. Bis 2025 fehlen aufgrund des demographischen Wandels 215.000 Beschäftigte auf dem sächsischen Arbeitsmarkt. Wenn die bestehenden Potenziale der Fachkräftegewinnung konsequent genutzt werden, ist das Problem lösbar. Die Gewinnung von Fachkräften von außerhalb Sachsens ist unbedingt zu erhöhen.

Ziele:

- Die Oberschulen sollen das Herzstück der schulischen Bildung bleiben. Sie schaffen das Potenzial für die Fachkräfte in unserem Freistaat, die als Praxiselite wichtige Garanten wirtschaftlicher Prosperität Sachsens sind.
- Wir erschließen die bestehenden Potenziale an Fachkräften bei Schul-, Ausbildungs-, Studienabbrechern und Langzeitarbeitslosen, Beschäftigung von Frauen sowie Rückkehrern und qualifizierter Zuwanderung.
- Ein hohes Bildungsniveau ist die entscheidende Grundlage für spätere Fachkräfte. Seit Jahren belegt Sachsen den Spitzenplatz im Bildungsmonitor. Diesen Platz gilt es zu verteidigen. Eine bedarfsgerechte Ausbildung ist wichtig. Deswegen kommt der dualen Ausbildung und den praxisorientierten Studiengängen eine besondere Bedeutung zu.
- Darüber hinaus ist es notwendig, die Fachkräfte an Sachsen zu binden. Dafür ist es wichtig, ein attraktives Lebensumfeld für Arbeitnehmer zu schaffen, in dem sie sich wohlfühlen und daher gern hier leben und arbeiten.

Wege:

- Die duale Ausbildung hat eine essenzielle Bedeutung für die Deckung des Fachkräftebedarfs. Sie ist ein Grund für die sehr geringe Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland. Durch mehr verpflichtende Unternehmenspraktika ab der siebten Klasse in allen Schularten soll ein Bewusstsein bei den Schülern für das Unternehmertum und seine bedeutende Stellung in der Wertschöpfung hergestellt werden.

- Nach den Ausbildungsbetrieben sind die Berufsschulen ein wichtiger Faktor für das Gelingen einer erfolgreichen Ausbildung. Daher sprechen wir uns für eine zentrale Steuerung und Entwicklung gesicherter Berufsschulstandorte in der Fläche aus.
- Wir sprechen uns für eine qualitativ hochwertige Berufsorientierung an allen Schulen aus, die die Berufswahlkompetenzen der Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt rückt und gewährleistet, dass sie einen für sich passenden und an den Bedarfen der Wirtschaft orientierten Ausbildungsweg wählen. Dazu gehört auch, dass transparent informiert wird über die hohe Durchlässigkeit zwischen der beruflichen und der akademischen Ausbildung. Die Vernetzung von Schulen und Hochschulen mit der Wirtschaft und lokalen Unternehmen muss ausgebaut werden. Mit den genannten Maßnahmen sollen die Zahlen der Ausbildungs- und Studienabbrecher gesenkt werden. Das Ziel ist es, die Quote der Ausbildungsabbrecher um 50 Prozent auf ein Sechstel bis 2030 zu senken. Darüber hinaus sollte es Ziel sein, mögliche Abbrecher frühzeitig zu erkennen und ihnen qualitative Alternativen anzubieten.
- Die Berufsakademien im Freistaat leisten einen großen Beitrag bei der praxisnahen Ausbildung im akademischen Bereich.
- Um sicherzustellen, dass der Übergang zwischen der Schule und dem Berufsleben für jeden Schulabgänger und jede Schulabgängerin bestmöglich verläuft, stärken wir die Zusammenarbeit der Akteure der verschiedenen Rechtskreise aus Schule, (Schul-)Sozialarbeit, Jugendhilfe, Arbeitsagenturen und Jobcentern im Rahmen von Jugendberufsagenturen. Wir wollen insbesondere benachteiligte und beeinträchtigte junge Menschen im Übergang von der Schule ins Berufsleben unterstützen.
- Maßnahmen zur Unterstützung von Schülern mit Lernproblemen wie zum Beispiel Schülercamps, Berufseinstiegsbegleiter oder das verstärkte Lernen in Praxislernorten im realen beruflichen Umfeld sollen ebenso wie die Implementierung eines Landesprogramms zur Schulsozialarbeit die Schulabgängerquote ohne Abschluss unter den Bundesdurchschnitt senken (Deutschland 2014: 5,6 %; Sachsen 2014: 8,6 %).
- Elternschaft und Kindererziehung sind wichtige Grundlagen unserer Gesellschaft. Beides muss jedoch mit einer Berufstätigkeit vereinbar sein. Deshalb bedarf es einer Flexibilisierung der Arbeitszeitmodelle. Die Möglichkeit, die Arbeitszeit bedarfsgerecht gestalten zu können, spielt für Arbeitnehmer bei der Wahl des Unternehmens eine wichtige Rolle.

Eine hohe Familienfreundlichkeit der sächsischen Unternehmen zum Beispiel durch den Ausbau von Betriebskindergärten und die Akzeptanz von Elternteilzeit bindet Fachkräfte an Sachsen. Die Erwerbstätigenquote der Frauen würde durch die Umsetzung der angesprochenen Maßnahmen steigen. Diese soll 2025 unter den 20- bis 64-jährigen Frauen 80 % betragen (bisher 77,6 %).

- Arbeitsrechtliche Hemmnisse, die die Beschäftigung von älteren Mitarbeitern bremsen, wollen wir abbauen. Die Einführung flexibler Rentenmodelle würde zudem älteren Arbeitnehmern, die über das gesetzliche Renteneintrittsalter hinaus arbeiten wollen, die Möglichkeit dafür eröffnen. Dazu muss das betriebliche Arbeitsumfeld so gestaltet sein, dass die älteren Mitarbeiter auch ihrer Leistungsfähigkeit und ihren Möglichkeiten entsprechend tätig sein können. Wir setzen uns für den Ausbau der Flexi-Rente und für die Befreiung von Arbeitslosen- und Rentenversicherung Berufstätiger im Rentenalter ein. Diese führen lediglich zur Mehrbelastung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber, ohne dass eine der beiden Seiten davon profitiert. Gerade kleine und mittelständische Unternehmen könnten durch diese Regelung Fachkräfte sichern und von der Erfahrung älterer Mitarbeiter profitieren.
- Gesunde Mitarbeiter sind ein Wert an sich, den wir direkt und indirekt unterstützen werden. Wir wollen hierbei die Möglichkeiten des Präventionsgesetzes in Sachsen ausschöpfen. Das bedeutet, dass wir den Ausbau von betrieblichem Gesundheitsmanagement und anderen Instrumenten fördern.
- Wir halten an der erfolgreichen Förderung von beruflicher Weiterbildung durch den „Weiterbildungsscheck“ fest



7. SACHSENS INSTITUTIONEN ALS WEGBEREITER

Der Wohlstand Sachsens wird von sächsischen Unternehmen erwirtschaftet. Die Aufgabe der Politik besteht vorrangig in der Bereitstellung von bestmöglichen Bedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung des Freistaates. Die sächsischen Behörden und Verwaltungseinrichtungen verstehen sich als Dienstleister in diesem Sinne. Ihre Strukturen sind so auszugestalten, dass sie Hemmschwellen für wirtschaftliches Handeln abbauen, rechtliche und tatsächliche sichere Räume für unternehmerische Ideen schaffen sowie faire Wettbewerbssituationen durchzusetzen helfen.

Ziele:

- Eine leistungsstarke Verwaltung mit gut qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die kompetent und schnell entscheiden, ist ein wichtiger Standortfaktor.
- Dies kann erreicht werden, indem man verstärkt auf E-Government-Strukturen zurückgreift, welche schneller und effizienter als die aktuelle Verwaltung arbeiten. Die Dauer zwischen Antragstellung und Entscheidung muss weiter sinken. Durch bessere Verständlichkeit des Rechts und von Formularen schaffen wir eine größere Nachvollziehbarkeit von Normen und damit eine höhere Akzeptanz der Regeln und stellen Rechtstreue sicher.

Wege:

- Grundvoraussetzung für eine schlanke und effiziente Verwaltung ist der quantifizierbare Abbau von Bürokratie. Hierzu müssen die Arbeit des sächsischen Normenkontrollrates verbessert und seine Befugnisse auch auf die Überprüfung von bestehenden Rechtsnormen (Gesetze, Verordnungen etc.) auf Landesebene ausgedehnt werden. Das umfasst auch eine regelmäßige Berichterstattung des Rates, um Maßnahmen aufbauend auf den Ergebnissen zu entwickeln und zu implementieren. Der kommunalen Ebene sollte es leichter möglich sein, Rechtsnormen auf Landesebene kritisch zu prüfen und gegebenenfalls deren Aussetzung beziehungsweise Korrektur zu erreichen.

- Neue Bürokratiepflichten für Bürger und Unternehmen dürfen nur noch dann beschlossen werden, wenn gleichzeitig der Erfüllungsaufwand an anderer Stelle in mindestens gleichem Umfang zurückgeführt wird.
- Zukünftig müssen wir die Vorteile der Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung konsequent nutzen. Einfache Verwaltungsvorgänge müssen zukünftig komplett elektronisch erfolgen können. Gleiches gilt für Ausschreibungs- und Vergabeverfahren.
- Unternehmen brauchen für ihre Investitionsentscheidungen schnelle, verlässliche Genehmigungsverfahren. Insbesondere bei schwierigen und komplexen Vorhaben, etwa im Bereich Umwelt oder Gentechnologie, wollen wir die Rolle der Landesdirektion stärken und einen zentralen Ansprechpartner schaffen.
- Innere Sicherheit ist eine wesentliche Voraussetzung für die Entfaltung und den Erhalt unternehmerischer Tätigkeit. Daher treten wir für eine leistungsfähige Polizei und Justiz ein.
- Darüber hinaus muss sich der Freistaat konsequent auf Bundes- und europäischer Ebene für den Abbau von bürokratischen Hürden einsetzen. Beispiele hierfür sind die Abschaffung der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge, das Absenken der öffentlichen Krankenversicherungs-Mindestbeiträge für Selbstständige oder die Vereinfachung der Mindestlohndokumentationspflichtenverordnung.

IMPRESSUM

CDU Landesverband Sachsen
Fetscherstraße 32/34
01307 Dresden
Telefon: +49(0)351 449 17 0
Fax: +49(0)351 449 17 60
E-Mail: post@cdu-sachsen.de

www.cdu-sachsen.de